

Abgeordnetenhaus von Berlin – 15. Wahlperiode

65. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 17. März 2005

Mehr Demokratie für Berlinerinnen und Berliner

Präsident Momper: Danke schön, Herr Kollege Wambach! - Für die Fraktion der SPD hat der Kollege Schimmler das Wort. - Bitte schön, Herr **Schimmler**!

Schimmler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich mir die Kollegen Ratzmann, den Kollegen Ritzmann und den Kollegen Zotl ansehe, die alle drei wissen, dass die Sozialdemokratie in den Verhandlungen nicht immer der Vorreiter war, sondern wir sind durchaus manchmal schon aus alter sozialdemokratischer Tradition etwas zurückhaltend, und wenn ich mir dann vorstelle, wie manchmal der Kollege Wambach in den Verhandlungen eigentlich den Vorreiter gemacht oder sich so darzustellen versucht hat, dann war das jetzt eine völlig andere Rede.

[Beifall bei der SPD]

Irgendwann muss ein Wechsel der Meinung stattgefunden haben. Sie sind, als es ernst geworden ist, nicht mehr erschienen, das ist verständlich nach dem, was Sie heute gesagt haben. Nach dem, was Sie damals vorgetragen haben, hätten Sie allerdings an der Spitze der Bewegung stehen müssen. Ich komme später noch einmal auf Sie zurück, Herr Warnbach.

Bürgerentscheide sind keine Spezifität der Schweiz oder irgendwelche Graswurzelregelungen der Neuengland-Staaten oder Kaliforniens, Bürgerentscheide sind heute in ganz Europa, gerade auch in den neuen EUStaaten, eine Selbstverständlichkeit. In Deutschland ist man immer skeptisch gewesen, vielleicht auf Grund der Erfahrungen in der Weimarer Republik, gegenüber direktdemokratischen Regelungen. Dennoch haben in die frühen Verfassungen der westdeutschen Länder und Berlins solche Elemente Eingang gefunden. Später sind sie etwas zurückgefahren worden, eine Renaissance hat es erst wieder in den 80er Jahren gegeben, teilweise wurden sie durch Volksentscheide wieder eingeführt oder erweitert, wie in Hamburg oder Bayern. Was für Gemeinden und Stadtbezirke bundesweit gilt, ist für die Berliner Bezirke nicht möglich. Der Kollege Zotl hat dies bereits deutlich gemacht. Wenn man sich ansieht, welche Regelungen es bundesweit gibt, stellt man fest, dass Berlin das absolute Schlusslicht ist, weil wir für die Bezirke - immerhin wären das in anderen Bundesländern Großstädte - keine solche Regelungen haben. Dies wollen wir ändern. Bürgerentscheide und Bürgerbegehren sollen möglich werden.

Darüber hinaus - darauf hat Herr Zotl ebenfalls hingewiesen - wollen wir durch Einwohnerantrag und Einwohnerfragestunde die nicht wahlberechtigten Bürger stärker in die Arbeit und die Diskussion über ihr eigenes Gemeinwesen einbeziehen. Gleichzeitig sollen die Rechte der Bezirksverordnetenversammlungen und der einzelnen Bezirksverordneten gestärkt werden.

In den Bezirken stößt diese Initiative nicht auf allgemeine Gegenliebe. Die Bezirke müssen sich daran gewöhnen. Wir sollten ihre Bedenken in den Ausschussberatungen ernsthaft mit einbeziehen - ebenso die Stellungnahme des Rats der Bürgermeister. Ich glaube aber, dass Folgendes stimmt:

Das mancherorts durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid befürchtete Chaos ist nicht eingetreten. Wenn die Bürger in wichtigen Angelegenheiten selbst unmittelbar entscheiden können, kann dies nur die politische Akzeptanz fördern.

Meine Damen und Herren von der CDU! Dieses Zitat stammt vom bayerischen Innenminister Beckstein, Bayern verfügt über die längste Erfahrung in diesem Bereich.

Jetzt komme ich zu Ihnen zurück, Herr Wambach, und zu Ihren Fragen, ob dieses Gesetzesvorhaben in die Zeit passe und wie es mit den Kosten sei. Das sind wichtige Fragen. Wir hatten in den vergangenen Jahren in den Bezirken häufig hohe Steigerungen bei den Sozialausgaben.

Das ist über die Basiskorrektur ausgeglichen worden. Wir haben im Haushalt auch keine Mittel für Volksabstimmungen auf Landesebene. Das muss jeweils im Einzelfall geregelt werden und die Haushälter wissen, wie man das macht. Ihre Argumente erwecken bei mir den Eindruck als wollten Sie das Ganze nicht, obwohl Sie vorher das Gegenteil behauptet haben.

[Dr. Lederer (PDS): Entscheidungsblockade!]

Das zeigt auch ihr Antrag. Die Ortsteilbeiräte sind in der Tat ein zahnloser Tiger. Wie wenig dieser Vorschlag durchdacht ist, zeigt sich allein darin, dass Sie fordern, die Ortsteilbeiräte sollen sich an den Wahlkreiseinteilungen orientieren. Nach statistischen Gebieten und Ortsteilen gehörte mein Wahlkreis zum Ortsteil Wedding oder zum Ortsteil Gesundbrunnen. Was soll nun gemacht werden? Nehmen wir den Wahlkreis? Teilen wir die Ortsteile Wedding und Gesundbrunnen anders auf, damit sie zu den Wahlkreisen passen, ansonsten aber nichts miteinander zu tun haben? - Wahlkreise werden nach bestimmten Größen geschnitten, damit sie vergleichbar sind, und nehmen dabei auf Ortsteilgrenzen keine Rücksicht. Allein dieser Vorschlag funktioniert nicht. Das beweist, mit welcher heißer Nadel Sie diesen Antrag genäht haben. Sie haben solch einen Antrag zwar schon vor zwei Jahren angekündigt, passiert ist dann allerdings nichts. Insofern bin ich etwas überrascht, dass dieser Antrag heute per Dringlichkeit eingebracht worden ist.

Ich komme noch zu einigen anderen Punkten Ihres Antrags. Dass die Bezirke bereits heute ein Klagerecht bezüglich ihrer Zuständigkeiten haben, sollten Sie wissen. Das ist extra aufgenommen worden, als wir damals die Rechte der Bezirke verbessert haben. Wenn Sie einen Antrag einbringen mit dem Inhalt, dass die Bezirksbürgermeister direkt gewählt werden sollen - und zwar für die Dauer von sechs bis acht Jahren -, mache ich Sie darauf aufmerksam, dass damals auch die CDU - ich weiß, dass die Redezeit abgelaufen ist - davon abgegangen ist, dass die Dauer der Amtszeit nicht mit derjenigen der BVV übereinstimmt. Dafür gab es gerade von Seiten der CDU gute Argumente. Diese sollten Sie einmal nachlesen. - Ich bedanke mich!

[Beifall bei der SPD und der PDS]